

Dieser Beitrag erschien unter dem Titel „The Carl Schmitt Craze“ am 13.4.2024 auf europeanconservative.com. Übersetzung ins Deutsche mit DeepL.

Die Rückkehr Carl Schmitts: kein Grund zur Panik

Von Harrison Pitt*

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass eine Wiederbelebung der rechten Literatur im Gange ist. In einer Zeit, in der ein langwieriger Kulturkrieg den natürlichen Konservativen gegen genau die Institutionen aufbringt, die er zu lieben wünscht, war es vielleicht unvermeidlich, dass die herzlichen Reflexionen von Burke und Scruton durch den knallharten Realismus, ja sogar die taktischen dunklen Künste vergessener Namen wie James Burnham und Sam Francis ergänzt - wenn nicht gar ersetzt - werden mussten.

Die beeindruckendste Figur, die aus diesem drastischen Wandel hervorging, der unbestrittene König der rechten Renaissance, in der sich die an sanftere Weisheit gewöhnten angloamerikanischen Konservativen wiederfinden, ist Carl Schmitt. Er ist zufällig auch der unbeständigste.

Hitlers Kronjurist?

Die gute Nachricht ist, dass die Hauptwerke, für die Schmitt zu Recht geschätzt wird, vor dem Aufstieg Hitlers geschrieben wurden. Sie können daher unabhängig von der Tatsache betrachtet werden, dass Schmitt im Mai 1933, zufällig am selben Tag wie Martin Heidegger, offiziell der Nazi-Partei beitrug. Aufgrund seines erstklassigen juristischen Verstandes und seiner erklärten ideologischen Sympathien war er sogar so etwas wie ein intellektueller Favorit unter den eher philosophisch veranlagten Psychopathen.

Dies änderte sich 1936, als eine *Schutzstaffel* (SS) namens *Das Schwarze Korps*, wahrscheinlich zu Recht, Schmitt den Vorwurf des Opportunismus machte und insbesondere auf Gelegenheiten in den 1920er Jahren verwies, bei denen er die Nazis wegen ihrer obszönen Rassentheorien angegriffen hatte. Schmitt gehörte auch zu denjenigen, die auf dem Höhepunkt der Krise der Weimarer Republik versuchten, Reichspräsident Hindenburg davon zu überzeugen, die diktatorischen Befugnisse des Artikels 48 gegen alle politischen Akteure einzusetzen, die die Nachkriegsordnung umstürzen wollten, von Hitlers Braunhemden bis zu bolschewistischen Kommunisten. Die Stoßrichtung von Schmitts Kritik an Weimar, die er in *Die Krise der parlamentarischen Demokratie* (1923) dargelegt hatte, bestand darin, dass der politische Liberalismus, der einem selbstmörderischen Glauben an bedingungslose Offenheit verhaftet war, nicht über die Mittel verfügte, sich zu verteidigen.

Gegen Schmitt wurde ordnungsgemäß ermittelt, weil er im Verdacht stand, Gedankenverbrechen begangen zu haben, aber Hermann Göring - ein Bewunderer und vielleicht der intelligenteste hochrangige Nationalsozialist - konnte erfolgreich verhindern, dass solche Nachforschungen zu etwas Fatalem führten. Verängstigt von dem, was er später als "die legalen, halblegalen und illegalen Machtmittel der SS und der Kreise um Himmler" bezeichnen sollte, verbrachte Schmitt den Rest dieses alpträumhaften Kapitels der Geschichte mit abstruseren akademischen Beschäftigungen, wie der Formulierung einer antiamerikanischen "Monroe-Doktrin" für Europa, die ganz im Sinne der selbst definierten geopolitischen Interessen des *Reiches* verstanden wurde.

Obwohl Schmitt als "Hitlers Kronjurist" bezeichnet wurde, ist es weit hergeholt zu behaupten, dass der NS-Staat ein kohärentes Rechtskonzept besaß, geschweige denn eines, das einer systematischen Rechtfertigung bedurfte. Trotz anfänglicher Pläne, das bestehende Strafgesetzbuch zu ersetzen, wurde dieses Unterfangen schließlich aufgegeben. Die Nationalsozialisten waren misstrauisch gegenüber der Vorstellung, dass das Recht kohärent, kodifiziert und für die Untergebenen zugänglich sein sollte. "Hitler", so der Historiker Michael Burleigh, "betrachtete geschriebene Regeln als potentiell einschränkend für seinen willkürlichen Willen". Dennoch kann man Schmitt nicht verzeihen, dass er einer solchen gesetzlosen Tyrannei Ballast aufbürdet. Nach der Nacht der langen Messer veröffentlichte er einen Artikel, in dem er die Kühnheit feierte, mit der die Nazis gegen ihre Feinde vorgegangen waren:

„Der Führer schützt das Recht vor den schlimmsten Formen des Missbrauchs, wenn er im Augenblick der Gefahr mit der Kraft seines Charakters als Führer als oberste Rechtsinstanz sofort Recht schafft“.

Dieses *Führerprinzip* besagte jedenfalls, dass nicht nur das, was dem Fürsten *gefällt*, sondern das, was der oberste Führer von Augenblick zu Augenblick *denkt*, Gesetzeskraft hat. Selbst Hitlers impulsivste Überlegungen könnten durchgesetzt werden, sowohl im Nachhinein als auch in der Zukunft. Die Annahme, eine solche Theorie bedürfe talentierter Speichellecker wie Schmitt, um ihre Autorität mit philosophischen Argumenten zu untermauern, steht im Widerspruch zum totalitären Charakter des Prinzips selbst. Schmitt hat sich als Apologet blamiert, aber er hätte niemals der juristische Architekt, der Kronjurist eines Naziregimes sein können, das keine Zeit für das Recht im Sinne des Begriffs hatte.

Die Rückkehr von Schmitt ist kein Grund zur Panik. Die Wiederbelebung hat mehr mit seinen brillanten Einsichten zu tun, die sich größtenteils auf Werke aus dem Jahrzehnt von 1922-32 verteilen, als mit seiner späteren Verbindung zum Nationalsozialismus. Für das erneute Interesse gibt es drei Hauptgründe. Erstens wächst das Gefühl, dass die Demokratie des 21. Jahrhunderts ein Schwindel ist. Zweitens gibt es ein damit verbundenes Bedürfnis, unser Abgleiten in undurchsichtige, bürokratische Formen des Regierens zu begreifen. Und schließlich wird der zunehmend ungläubwürdige Glaube, dass Institutionen, ob direkt oder indirekt mit dem Staat verbunden, vollkommen neutral sein können, einer erneuten Prüfung unterzogen. Als begnadeter Kritiker der liberalen Demokratie, der all diese dringenden Themen berührt hat, ist Schmitt nicht zu vernachlässigen.

Der Schwindel der liberalen Demokratie

Schmitt war kein Gegner der Demokratie an sich. Was er angriff, war der Kult der Demokratie in ihrer liberalen, sogenannten "parlamentarischen" Form. Der Glaube der Liberalen an das parlamentarische Modell, das auf dem Ideal einer "diskutierenden Öffentlichkeit" beruht, die sowohl willens als auch fähig ist, politische Entscheidungen zu treffen, hielt er für eine sentimentale Illusion. In der Praxis wird diese diskutierende Öffentlichkeit, sofern es sie überhaupt gibt, zwangsläufig durch eine kleinere Gruppe oligarchischer Interessen in ihren Präferenzen verzerrt. Gut organisierte Minderheiten werden immer einen übergroßen Einfluss auf das Geschehen in den Zentren der angeblichen Volksmacht haben. "Kleine und exklusive Gremien von Parteien oder Parteikoalitionen", stellt Schmitt in *Die Krise der parlamentarischen Demokratie* fest, "treffen ihre Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, und was Vertreter der großen kapitalistischen Interessengruppen in den kleinsten Gremien beschließen, ist für das Schicksal von Millionen von Menschen vielleicht wichtiger als jede politische Entscheidung."

Wann, so mögen Kritiker einwenden, ist das, was Schmitt beschreibt, *nicht* in irgendeiner Form der Fall gewesen? Die Demokratie, so die landläufige Meinung, die durch Churchills berühmtes Zitat repräsentiert wird, mag zwar ihre Schwächen haben, aber ist sie nicht das schlechteste politische System, abgesehen von allen anderen? Das Problem besteht darin, dass der Liberaldemokrat behauptet, einen glorreichen Bruch mit der gesamten bisherigen Geschichte vollzogen zu haben. Wenn es Schmitt gelingt, mit seiner Polemik aufzuzeigen, dass das Volk in Wirklichkeit *nicht* regiert, hat er sein Ziel erreicht.

Wer kann in einer Zeit, in der unsere Eliten weiterhin neue eingewanderte Wähler importieren, und zwar nicht nur ohne die Zustimmung der bisherigen Wähler, sondern auch unter klarer Missachtung ihrer Wünsche, die sie an den Wahlurnen immer wieder zum Ausdruck gebracht haben, wirklich behaupten, dass das britische Volk Großbritannien regiert oder dass die Amerikaner die Vereinigten Staaten regieren? "Angesichts dieser Realität", so Schmitt, "muss der Glaube an eine diskutierende Öffentlichkeit eine schreckliche Desillusionierung erleiden." Was wir heute als "Populismus" bezeichnen, lässt sich am besten als ein apoplektischer Impuls verstehen, der das Scheitern der Demokratie korrigieren will, indem er das Ideal in die Realität zurückwählt - in den meisten Fällen quixotisch und ohne ein solides Verständnis dafür, warum das demokratische Versprechen überhaupt gescheitert ist.

Eine ohnmächtige diskussionsfreudige Klasse

Ebenso stellt Schmitt nicht die Existenz von Eliten als solche in Frage, sondern vielmehr deren Anspruch, in demokratischen Systemen die Macht abzugeben und sie gleichmäßig unter dem Volk zu verteilen. Die Krise der parlamentarischen Demokratie, so erklärt er, entspringt "dem Widerspruch zwischen einem liberalen Individualismus, der durch moralisches Pathos belastet ist, und einem demokratischen Gefühl, das im Wesentlichen von politischen Idealen bestimmt wird". Mit anderen Worten, es besteht ein tiefgreifender Konflikt zwischen dem liberalen Kult des Individuums und dem demokratischen Kult des Volkes. Während der Instinkt des Liberalen darin besteht, jede Frage in eine Gesprächsrunde zu verweisen, in der das Recht auf Meinungsverschiedenheiten sakrosankt und die Aussicht auf ein entscheidendes Ergebnis bereits bedrohlich ist, hat der Demos, der, wie Schmitt es ausdrückt, von "politischen Idealen" angetrieben wird, typischerweise eine positive Vision von dem, was er will. Die Diskussion ist bei weitem kein Selbstzweck, sondern wird als Mittel geschätzt, mit dem diese Präferenzen des Volkes bekannt gemacht und umgesetzt werden können.

Eines der Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, ist, dass die fortschrittliche Linke keine Zeit für Diskussionen hat und stattdessen einem messianischen Sinn für moralische Ziele erlegen ist, während von der Rechten immer noch erwartet wird, dass sie die Politik nicht als Schlachtfeld für den potenziellen Sieg ihrer Ideale betrachtet. Wirtschaftsliberale, die sich als Konservative ausgeben, sind kaum mehr als gehorsame Geschöpfe dieser einseitigen Dynamik, die auf die amoralischen Mechanismen eines deregulierten Marktes vertrauen - so wie der politische Liberale sein Vertrauen in den "Markt der Ideen" setzt -, anstatt das Selbstvertrauen aufzubringen, selbst Entscheidungen zu treffen. Liz Truss hat sich über die "Politisierung" des Finanzministeriums, des Blob und des Establishments im Allgemeinen beklagt, aber gegen die Existenz der Politik in Westminster zu protestieren ist ungefähr so dumm wie ein Kreuzzug gegen das Profitmotiv an der Wall Street. Hätte Truss den freien Markt nicht als Ersatz dafür vergöttert, über Politik nachdenken zu müssen, und vielleicht ein paar kluge Schmittianer als Berater anstelle von IEA-Boffinen eingestellt, hätte sie es vielleicht etwas länger ausgehalten.

Gerade weil Gesprächsrunden nur minimale Ergebnisse bringen und die Entscheidungsfindung für die Politik unabdingbar ist, neigen Regime, die sich selbst als liberal und demokratisch

bezeichnen, dazu, die Macht an Bürokratien auszulagern, die mit allen möglichen technischen Spezialisten besetzt sind. Ein antipolitischer Kult des Fachwissens tritt an die Stelle der altmodischen Tugenden der moralischen Überzeugung und der persönlichen Führung.

Die Beweise sind allgegenwärtig, aber ein aktuelles Beispiel, das mir in den Sinn kommt, ist der Fall des britischen Verteidigungsministers Grant Shapps, der einen sinnlosen Bericht über den selbstzerstörerischen Kreuzzug gegen weiße Männer in den britischen Streitkräften in Auftrag gab. Eine entschlosseneren Führungspersönlichkeit, die mit der kleinen Aufgabe betraut wäre, das Land zu verteidigen, hätte die DEI in seinem Ministerium aus klaren patriotischen Gründen einfach abgeschafft. Das "moralische Pathos" des Liberalismus, wie Schmitt es formulierte, bedeutet jedoch, dass - zumindest für nervöse Liberale, die vorgeben, stramme Konservative zu sein - die Zustimmung der Technokraten nicht nur eingeholt werden muss, *bevor* die öffentliche Meinung konsultiert wird, sondern auch *anstelle* einer solchen. Schließlich ist es dem "woke nonsense", zu dem Shapps jetzt eine Überprüfung angeordnet hat, gelungen, Whitehall zu erobern, ohne dass jemand gefragt wurde, ob er die einheimische männliche Bevölkerung, von der alle erfolgreichen Armeen letztlich abhängen, überhaupt aus dem Militär entfernt sehen möchte. Wenn liberale Demokratie die größtmögliche Identität von Herrscher und Beherrschten bedeutet, dann ist sie im gegenwärtigen System offenkundig nicht zu verwirklichen.

Hier weicht Schmitt von dem Soziologen Max Weber ab, der in der deutschen Tradition von Hegels Hymnen auf die Männer der *Bildung*, die die "universelle Klasse" des rationalen Staates bilden würden, das moderne Zeitalter der Technokraten begrüßt hatte. Angesichts der Unzulänglichkeiten der liberalen Diskussionsklasse lobte Weber die Bürokratien für ihre "technisch-rationale" Fähigkeit, eine unpersönliche, *auf Regeln basierende* Ordnung zu schaffen, während die gefährliche Alternative ein Regime wäre, das auf den allzu persönlichen *Befehlen* eines "charismatischen" Herrschers beruht. Schmitt wies den damals in der Rechtswissenschaft vorherrschenden optimistischen Glauben zurück, dass alle persönlichen Elemente aus dem Staat entfernt werden könnten. Solche vergeblichen Hoffnungen entstammten dem liberalen Mythos der Neutralität in menschlichen Angelegenheiten.

Das Trugbild der Neutralität

Es ist ebenfalls eine Illusion unserer Zeit, zu erwarten, dass Institutionen, seien sie mit dem Staat verbunden oder anderweitig einflussreich, so neutral sind, wie es das Webersche Prädikat "technisch-rationale" suggeriert. Neutralität ist ein Merkmal des Liberalismus, das erst in den letzten fünfzig Jahren, insbesondere in den Vereinigten Staaten durch den Einfluss von John Rawls und Ronald Dworkin, an Bedeutung gewonnen hat. Doch gerade dieses Konzept wurde von Schmitt auf das Schärfste angegriffen. Er sah darin einen Beweis dafür, dass der Liberalismus eine verherrlichte Form der moralischen Lähmung ist, eine Angst vor einem endgültigen Urteil, die sich als festes Prinzip ausgibt.

In *Politische Theologie* (1922) lobt er Juan Donoso Cortés, den spanischen konterrevolutionären Denker, zur Verteidigung dieses Urteils. Cortés, so behauptet er, war zu Recht gegen *la clase discutidora*, die liberale Diskutantenklasse, da er ihr unablässiges Geschwätz und ihren Anspruch auf Neutralität als eine Methode, sich der Verantwortung zu entziehen und der Rede- und Pressefreiheit eine übermäßige Bedeutung beizumessen, die es letztlich erlaubt, sich der Entscheidung zu entziehen. So wie der Liberalismus jedes politische Detail diskutiert und verhandelt, so will er auch die metaphysische Wahrheit in einer Diskussion auflösen. Das Wesen des Liberalismus ist die Verhandlung, eine vorsichtige Halbheit, in der Hoffnung, dass der endgültige Streit, die blutige Entscheidungsschlacht, in eine

parlamentarische Debatte umgewandelt werden kann und die Entscheidung in einer ewigen Diskussion aufgehoben werden kann.

Hinzu kommt, wie wir bereits gesehen haben, dass ein solcher Aufschub nicht ewig dauern kann. Das Wesen der Politik ist die Entscheidungsfindung. Wer sich ihr entziehen will, sei es, indem er sich in endlose Debatten flüchtet, sei es, indem er sich in einen netzunabhängigen Quietismus flüchtet, wird die wichtigsten Entscheidungen für sich treffen lassen. Die Übertragung der Entscheidungsgewalt an vermeintlich neutrale, "technisch-rationale" Bürokratien ist ein mögliches Ergebnis, aber es besteht auch die ständige Gefahr, dass sich eine leidenschaftlichere ideologische Agenda, die weniger Angst vor "der Entscheidung" hat, entweder *in der* Gesprächsrunde durchsetzt oder genau die Bürokratien erobert, denen die nervösen Liberalen die Macht überlassen haben.

Diese beiden Schwächen kommen in der Idee einer "heterodoxen" Institution zusammen. Liberale, die die freie Meinungsäußerung als Selbstzweck verehren, werden zwangsläufig von denjenigen manipuliert, die in ihr bestenfalls ein instrumentelles Gut sehen, ein bequemes Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Ein selbstgefälliges Bekenntnis zur Heterodoxie innerhalb einer Institution wird von bösgläubigen Akteuren, die ihre eigenen Vorurteile als neue Orthodoxie inthronisieren wollen, als Waffe eingesetzt werden. Dies lässt sich, wie wir zu gegebener Zeit noch genauer untersuchen werden, nur vermeiden, wenn das Bekenntnis zur Heterodoxie durch eine Reihe grundlegender, nicht verhandelbarer Orthodoxien gestützt wird, d. h. durch einige unterstützende Grundprinzipien, die dazu beitragen, die Institution vor Manipulation und Vereinnahmung zu schützen. Sobald jedoch das Bekenntnis zur Heterodoxie auf ein solides Fundament gestellt wird, ist die Einrichtung nicht mehr vollkommen neutral, denn die betreffende Einrichtung kann es sich nicht leisten, neutral zu sein, wenn es darum geht, ob dieses Fundament solide bleibt oder zerbröckelt.

Diese Kritik wird am besten in *Der Begriff des Politischen* (1932) entwickelt. Indem er die Weltpolitik erörtert, aber auch auf die Innenpolitik anspielt, argumentiert Schmitt, dass Neutralität einen Konflikt voraussetzt:

Wie jeder politische Begriff unterliegt auch der Neutralitätsbegriff der letzten Voraussetzung einer realen Möglichkeit einer Freund-Feind-Gruppierung. Würde nur die Neutralität in der Welt herrschen, dann wäre nicht nur der Krieg, sondern auch die Neutralität zu Ende. Die Politik der Kriegsvermeidung endet, wie jede Politik, sobald die Möglichkeit eines realen Kampfes verschwindet.

Mit anderen Worten: Wenn es einen realen Konfliktherd in der Welt gibt, ist Neutralität ununterscheidbar von Gleichgültigkeit. Wenn es aber keinen solchen Konflikt gibt oder die Notwendigkeit, einen solchen auszulösen, nicht empfunden wird, gibt es nichts, worüber man neutral sein könnte, und als solches ist die Rede von Neutralität unverständlich. Sie setzt entweder eine bestehende Kontroverse voraus oder nimmt eine zukünftige Kontroverse vorweg. Neutralität ist, um einen Kunstbegriff aus der Philosophie des Geistes aufzugreifen, ein intentionaler Zustand. Sie ist nicht unbewusst, sondern notwendigerweise auf ein bestimmtes Objekt gerichtet. Inmitten eines Kulturkriegs, in dem alles in einer Zivilisation - von ihren Helden bis zu ihrer Existenzberechtigung - auf dem Spiel steht, ist die Aufrechterhaltung einer liberalen Neutralitätsverpflichtung bestenfalls leichtfertig und schlimmstenfalls fahrlässig.

Die Loyalität gegenüber einem bestimmten X verbirgt sich immer hinter der Neutralität in Bezug auf ein bestimmtes Y. In diesem Fall verbirgt sich die Loyalität des Liberalen gegenüber dem Ideal des begrenzten Staates - das schließlich überhaupt nicht neutral ist, sondern eine

Haltung, die aktiv gegen diejenigen verteidigt werden muss, die die Funktionen des Staates moralisieren wollen - hinter seiner Neutralität gegenüber den Fragen, die er für so grundlegend hält, dass der Einzelne die Freiheit haben muss, die Antworten selbst zu bestimmen. Der Punkt ist, dass Neutralität an sich ein leeres Konzept ist. Niemand ist in jeder Hinsicht neutral: Selbst ein Mensch, der sich zur Neutralität in Bezug auf sein Leben oder seinen Tod bekennt, kann in einem Streit zwischen einem Christen und einem Naturalisten über die Frage, ob das menschliche Leben heilig ist, nicht neutral sein. Er hat keine andere Wahl, als sich auf die Seite des Naturalisten zu stellen, denn wenn er sich auf die Seite des Christen stellt, würde er seinen Anspruch auf Neutralität in der Frage "Sein oder Nichtsein" untergraben.

„Neutral in Bezug auf X“ - und es muss sich *um* etwas handeln, denn niemand ist abstrakt neutral - ist nur eine selbstschmeichelnde Umschreibung für "gleichgültig gegenüber X". Aber es muss immer einen *Grund* für diese Gleichgültigkeit geben. Und derjenige, der eine Gleichgültigkeit gegenüber X bejaht, kann gegenüber seiner eigenen Argumentation nicht neutral sein, denn sonst würde das, was er zur Begründung seiner Gleichgültigkeit vorbringt, nicht mehr als Grund gelten. Er muss dem Grund treu bleiben, oder seine Gründe für die Neutralität werden hinfällig. Jeder verständliche Anspruch auf Neutralität in einer bestimmten Hinsicht setzt also die Parteilichkeit in einer anderen, wichtigeren Hinsicht voraus. Diejenigen auf der Rechten, die, berauscht von der Stärke von Schmitts Behauptungen, behaupten, dass es für Institutionen oder die Individuen in ihnen unmöglich ist, neutral zu sein, irren sich daher. Wenn auch nie in einem absoluten Sinne, so ist Neutralität doch in allen möglichen begrenzten Formen praktikabel. In jedem Fall muss Neutralität jedoch auf etwas gerichtet sein und ist unweigerlich mit einer früheren, grundlegenden Version ihres Gegenteils verbunden: Loyalität. Um es noch einmal zu sagen: Der positive Glaube an ein X untermauert immer die Neutralität gegenüber einem Y.

Freund und Feind

Wenn man etwas über Schmitt weiß, dann ist es, dass er die Politik in einer Art Nullsummenspiel betrachtete. Das unterscheidet ihn von denjenigen in der westlichen Tradition, die sich veranlasst sahen, den Tribalismus durch Bezugnahme auf höhere Prinzipien zu zähmen. Doch im Gegensatz zu jeglichem Gerede über die Schaffung einer universellen moralischen Ordnung behauptet Schmitt:

Die spezifische politische Unterscheidung, auf die politische Handlungen und Motive reduziert werden können, ist die zwischen Freund und Feind.

Dem Hobbes'schen Kriegszustand zwischen Individuen, bemerkt Leo Strauss in seinem Kommentar zum *Begriff des Politischen*, stellt Schmitt den Kriegszustand zwischen Gruppen entgegen. Zu jedem Zeitpunkt können die Trennlinien zwischen Freund und Feind inhaltlich und geographisch unterschiedlich sein. "Jeder religiöse, moralische, wirtschaftliche, ethische oder andere Gegensatz", schreibt Schmitt, "verwandelt sich in einen politischen, wenn er stark genug ist, um die Menschen wirksam nach Freund und Feind zu gruppieren." Die Existenz des Politischen in einem bestimmten Bereich des menschlichen Lebens ist nicht garantiert, aber sie ist eine allgegenwärtige Möglichkeit. Neu politisierte Bereiche sollten nicht verflucht und noch weniger ignoriert werden. Wer sich dafür interessiert, hat nur die Wahl, sie unter diesen radikal veränderten Bedingungen zu *bestreiten*, so bedauerlich das auch sein mag. Die Reichweite des Politischen kennt keine Grenzen und seine Dynamik kann nicht ausgelöscht werden. Vor allem, wenn wir geostrategische Belange einbeziehen, ist die Realität der Politik unauslöschlich:

Wenn ein Volk nicht mehr die Energie des Willens besitzt, sich in der Sphäre der Politik zu behaupten, wird es dadurch nicht aus der Welt verschwinden. Nur ein schwaches Volk wird verschwinden.

Natürlich kann eine solche Feindschaft auch innerhalb von Ländern zu Unfrieden führen. Aus diesem Grund betrachtete Schmitt Bürgerkriege als die Mutter der Klarheit. Obwohl ein Großteil von Hobbes' *Leviathan* (1651) in unveröffentlichten Manuskripten verfasst wurde, die vor dem gewaltsamen Chaos entstanden, das ab 1642 auf den britischen Inseln herrschte, schreibt Schmitt dem englischen Bürgerkrieg zu, das Beste aus diesem Giganten des 17. Unter solch unbeständigen Bedingungen, erklärt er, "verschwinden alle legitimen und normativen Illusionen, mit denen sich die Menschen in Zeiten ungetrübter Sicherheit über die politischen Realitäten zu täuschen pflegen".

Dennoch wird hier implizit eingeräumt, dass es "Zeiten ungetrübter Sicherheit" gibt, auch wenn die Gefahren von Entropie und Zwietracht im Hintergrund lauern. Im Gegensatz zu seinen eifrigeren Anhängern, die unablässigen Zynismus nur ungern mit einer Art heroischer, reptilienartiger, stets zuverlässiger Einsicht verwechseln, hätte Schmitt eingeräumt, dass gemeinsame Tugenden und feste Gewohnheiten dazu dienen können, grundlegende Bereiche potenzieller Streitigkeiten - fast immer innerhalb einer Nation - in einer Weise zu befrieden, die die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Freund und Feind schwächt - zumindest für eine gewisse Zeit. Großbritannien war einst das offensichtliche Beispiel, so sehr, dass Schmitt selbst gern aus Lord Balfours Einleitung zu Walter Bagehots *The English Constitution* (1867) zitierte:

„Die gesamte politische Maschinerie setzt ein Volk voraus, das so grundlegend einig ist, dass es sich gefahrlos Zank leisten kann, und das seiner eigenen Mäßigung so sicher ist, dass es durch den nicht enden wollenden Lärm des politischen Konflikts nicht gefährlich gestört wird“.

Wenn es jedoch keine weithin akzeptierte Voreingenommenheit zugunsten dieser Spielregeln gibt, ganz abgesehen davon, ob sie immer für die eigene Mannschaft vorteilhaft sind, wird der Wettbewerbsaspekt der Politik zu einer Situation führen, in der entweder Parteien oder charismatische Personen versuchen, sich in den Staat zu integrieren. Wie wir bereits gesehen haben, können Verfassungen nicht gleichzeitig verbindlich und neutral sein: Eine verfassungsmäßige Ordnung kann nicht darauf hoffen, ihre Autorität aufrechtzuerhalten, wenn sie aus Mangel an Vertrauen in sich selbst ihre Pflicht einbüßt - oder sogar auf ihr Recht verzichtet -, Freunde gegenüber eingeschworenen Feinden der Ordnung zu bevorzugen.

Aus der Tatsache, dass diese Feinde selten genug sind, um zu einem bestimmten Zeitpunkt politisch irrelevant zu sein, folgt nicht, dass sie es immer sein werden. Wenn die leidenschaftlichsten Anhänger Schmitts sich irren, wenn sie die Freund-Feind-Dichotomie als allgemeingültige Regel anpreisen, dann ruhen diejenigen, die einen solchen Zynismus ebenso allgemeingültig anprangern, auf einem Boden, der noch unsicherer ist als ihre eigenen Lorbeeren: dem seltenen Luxus der historischen Kontingenz. Wenn nicht ein Mindestmaß an Freundschaft, das in einem zusammenhaltenden Demos und einer gelassenen moralischen Einheit wurzelt, die Grundlage der Polis bildet, wie Aristoteles es empfiehlt, werden die internen Spaltungen immer mehr die von Schmitt berüchtigte Nullsummen-Dynamik annehmen. Die früher für notwendig erachtete positive Begründung der Neutralität wird weichen.

Der Ausnahmezustand: Kann das Recht wirklich herrschen?

Vieles in den obigen Ausführungen ist eine implizite Kritik an der Rechtsstaatlichkeit. Schmitt hat sich nicht gescheut, sie ausdrücklich zu äußern.

Vor dem Ersten Weltkrieg vertrat er ein idealistisches Staatsverständnis, das davon ausging, dass das Recht vor den von Menschen geschaffenen Rechtssystemen existiert. Das positive Recht ist daher ein unzureichendes Abbild seines Ideals und kann sogar seinen Status als Recht ganz verlieren, wenn es diese moralische Ordnung nicht widerspiegelt. Später machte er sich die Schmittsche Maxime von Thomas Hobbes zu eigen: *autoritas, non veritas, facit legem* - Autorität, nicht Wahrheit, schafft Recht.

Zunächst sollten wir uns mit einem von Schmitts schwächeren Versuchen befassen, die Rechtsstaatlichkeit zu diskreditieren. Dies geschieht in *Der Begriff des Politischen*, wo Schmitt, als ob er die Notwendigkeit vorwegnimmt, die fehlgeleiteten Liberalen des späteren 20. Jahrhunderts zu demontieren, der unplausiblen Annahme nachhängt, dass der Rechtsstaat sich nicht vom Ideal eines neutralen Staates unterscheidet:

Recht kann hier die bestehenden positiven Gesetze und gesetzgebenden Methoden bezeichnen, die weiterhin gültig sein sollen. Rechtsstaatlichkeit bedeutet in diesem Fall nichts anderes als die Legitimation eines bestimmten Status quo, an dessen Erhaltung vor allem diejenigen interessiert sind, deren politische Macht oder wirtschaftlicher Vorteil sich in diesem Recht stabilisieren würde.

Es versteht sich von selbst, dass die Verweise auf "politische Macht" und "wirtschaftlichen Vorteil" dem Konzept einen tödlichen Schlag versetzen sollen. Das Problem ist, dass es drei Hauptkriterien für das Bestehen einer rechtsstaatlichen Gesellschaft gibt, von denen keines etwas mit unbedingter Neutralität zu tun hat. Erstens dürfen Staatsbedienstete keine Befugnisse ausüben, die ihnen nicht ausdrücklich durch das Gesetz zugestanden werden. Zweitens muss das Gesetz für alle Personen, die sich in einem Gebiet aufhalten, gleichermaßen gelten. Und schließlich sind nur unabhängige Richter - deren *Loyalität* gegenüber den bestehenden Verfahren, um die oben genannte Formel für neutrale Geisteshaltungen zu wiederholen, ihre *Unparteilichkeit* gegenüber der Politik in jedem einzelnen Fall, mit dem sie befasst sind, untermauern muss - berechtigt, das Gesetz verbindlich auszulegen. Die Tatsache, dass das Recht durch menschliche Fingerabdrücke verschmutzt ist, bedeutet nicht, dass eines dieser Prinzipien physisch oder logisch unmöglich ist. Das Recht kann schlecht sein und trotzdem regieren.

Schmitt steht auf festerem Boden, wenn er sich auf Hobbes beruft und argumentiert, dass Autorität nicht so sehr aus dem Recht abgeleitet ist, wie die liberalen Jünger einer Figur wie Locke behaupten würden, sondern vielmehr die unabdingbare Voraussetzung für das Recht ist. In der *Politischen Theologie* wird das Verständnis von Locke an den Pranger gestellt:

Er [Locke] hat nicht erkannt, dass das Gesetz nicht festlegt, wem es Autorität verleiht. Es kann nicht irgendjemand sein, der jede gewünschte Rechtsvorschrift ausführen und realisieren kann. ... Es geht also um die Frage nach der Kompetenz, eine Frage, die nicht durch den Inhalt der Rechtsqualität einer Maxime aufgeworfen und schon gar nicht beantwortet werden kann. Die Frage nach der Kompetenz mit dem Verweis auf die Materie zu beantworten, hieße anzunehmen, dass das Publikum ein Narr ist.

Hobbes wird dann dafür gelobt, dass er ein Argument vorbringt, das den "Dezisionismus", der den rechtlichen Vorschriften zugrunde liegt, mit dem "Personalismus" verbindet, den die Figur des Leviathan verkörpert. Der Versuch liberaler Verfassungsrechtler, die Personalität von der Autorität abzukoppeln, typischerweise durch den Rückgriff auf Formulierungen wie "eine Regierung von Gesetzen, nicht von Menschen" (noch weniger von *einem* Menschen), wird als Fehlschlag abgetan.

Obwohl er das Ende des Kalten Krieges nicht mehr erlebte, muss Schmitt gewusst haben, dass seine Ansicht bei den passiveren Bürgern der scheinbar rechtsstaatlichen Demokratien Zweifel auslösen würde. Welche Rechtfertigung er auch immer empfinden mag, jetzt, da der Triumphalismus von 1991 vorbei ist und die Liberalen ratlos und unglücklich zurückgelassen hat, würde Schmitt gegenüber jedem, der immer noch auf den modernen Westen als Zeugnis für die schnurrende Effizienz der Rechtsstaatlichkeit verweist, betonen wollen, dass jeder derartige Optimismus eine oberflächliche Analyse ist, die durch das genährt wird, was ich zuvor als den seltenen Luxus der historischen Kontingenz beschrieben habe. Für Schmitt ist *der Ausnahmezustand*, der am besten mit "der Zustand der Ausnahme" übersetzt werden kann, der eigentliche Test dafür, ob das Recht als letzte regierende Kraft in einer Gesellschaft dienen kann. Und da das Recht kausal unwirksam ist, kann nur eine Person oder eine Gruppe von Personen von Augenblick zu Augenblick entscheiden, ob ein Ausnahmezustand vorliegt:

Damit eine Rechtsordnung Sinn macht, muss ein Normalzustand vorliegen, und derjenige ist der Souverän, der definitiv entscheidet, ob dieser Normalzustand tatsächlich vorliegt.

Ausnahmefälle offenbaren den Ort der Souveränität. Und weil Ausnahmen nicht vorhersehbar sind, können sie, wie Schmitt betont, auch nicht "im Gesetz vorgeschrieben" werden. Dies ist die wesentliche Bedeutung der emphatischen Eröffnungszeile der *Politischen Theologie*: "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet". Der liberale Verfassungsrechtler, dem die Vorstellung, dass etwas anderes als das Recht souverän ist, klinisch zuwider ist, hat darauf keine Antwort. Alles, was er tun kann, so Schmitt, ist, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass eine geschriebene Rechtsordnung wirklich herrschen kann, mit Rhetorik wie "Regierung unter Gesetz" oder "Checks and Balances", bis eine Ausnahme, die destabilisierend genug ist, um sie zu erschüttern, dies tut.

Das Recht ist keine unabhängige Autorität, sondern das Werk eines Autors, dessen allzu menschliche Qualitäten wir nur dann erahnen, wenn die eigentliche Quelle der Autorität entscheidet, dass die Normalität von den Ereignissen überholt wurde. Dies geschieht, wenn der gegenwärtige Inhalt des Gesetzes für eine unvorhergesehene Notlage so ungeeignet ist, dass sein latenter, wenn auch vorübergehend vergessener Meister außergewöhnliche Maßnahmen ergreift - eine Autorität, die, wie Schmitt zu betonen pflegt, "immer außerhalb des Gesetzes" residiert.

Natürlich wird der liberale Verfassungsrechtler darauf hinweisen, dass es eine beträchtliche Menge an Literatur gibt, die sich mit der Frage beschäftigt, wie rechtsstaatliche Gesellschaften mit einer Katastrophe umgehen sollten. Selbst Friedrich Hayek, der wohl bedeutendste klassische Liberale des 20. Jahrhunderts, akzeptierte die mögliche Notwendigkeit, Freiheiten in Notfällen auszusetzen, wenn auch mit festen Bestimmungen, die ihre rasche Wiedereinsetzung nach Überwindung der Krise gewährleisten. Möglicherweise sogar in Anspielung auf Schmitt stellt Hayek an einer Stelle in *Die Verfassung der Freiheit* (1960) fest:

„Notfälle“ waren schon immer der Vorwand, unter dem die Garantien der individuellen Freiheit ausgehöhlt wurden - und wenn sie erst einmal außer Kraft gesetzt sind, ist es für jeden, der die

Notstandsbefugnisse übernommen hat, nicht schwer, dafür zu sorgen, dass der Notstand fortbesteht.

Allerdings müssen die Garantien, dass derartige Missbräuche von Rechts wegen ausgeschlossen sind, gesetzlich verankert werden. Ist dies nicht der Fall, gewinnt Schmitts Argument, dass außergesetzliche Faktoren über den Ausnahmezustand entscheiden, die Oberhand. Wenn dem so ist, ist Schmitt seinen Kritikern einen Schritt voraus. Er erklärt, dass er mit seinem Versuch, die Vorstellung einer vom Gesetz regierten Gesellschaft zu entkräften, nicht andeuten will, dass "rechtliche Entscheidungen unabhängig von Gesetzen oder anderen Texten sind". Vielmehr gehe es darum, dass selbst in Fällen, in denen der Souverän in einem Ausnahmezustand den Anschein der Rechtmäßigkeit aufrechterhalten will, "die Wahl des Gesetzes, des Textes, des Präzedenzfalls oder eines anderen Bezugspunkts nicht völlig im Voraus bestimmt werden kann".

Die jüngste Geschichte scheint dies zu bestätigen. Nichts hat die britische Regierung davon abgehalten, sich in zweifelhafter Weise auf das ultra-permissive Gesetz über die öffentliche Gesundheit zu berufen, anstatt auf das viel einschränkendere Gesetz über zivile Notfälle, um alle Menschen auf unbestimmte Zeit mit minimaler parlamentarischer Kontrolle in ihren Häusern einzusperren. Die Tyrannei der COVID-Ära hat zumindest bewiesen, dass die Rechtsstaatlichkeit, wo sie funktioniert, eine äußerst fragile Errungenschaft ist. Auch wenn außerrechtliche Erwägungen den Anspruch der Rechtsstaatlichkeit auf ihre Existenz nicht außer Kraft setzen, machen sie diese Existenz doch zu einer kontingenten Angelegenheit. Nicht nur die Abwesenheit von Notfällen, sondern auch ein starkes öffentliches Gefühl für die Bewältigung von Notfällen in einer Weise, die die Freiheit des Rechts bewahrt, ist eine wesentliche Voraussetzung. Das Gleiche gilt für ein gemeinsames Gefühl der Identität, des Erbes und der Religion. In den Ländern, die am meisten mit religiöser, ethnischer und sprachlicher Vielfalt gesegnet sind, regiert weniger das Recht als vielmehr Macht und brutale Zahlen.

Wie erhaben die Theorie auch sein mag, so sind doch günstige materielle und geistige Bedingungen erforderlich, damit das Recht in der Praxis herrschen kann. Die Gesetzgebung ist kein Ersatz für Gott, aber das bedeutet nicht, dass sie unmöglich ist. Hobbes hat zu Recht argumentiert, dass alle gottähnlichen Eigenschaften, die der Staat besitzt, in Wirklichkeit das "sterbliche" Gepräge menschlicher Gestaltung sind. Als solches ist das tägliche Wirken des Leviathans, ob er nun durch das Gesetz oder seine absolute Quelle im weltlichen Bereich eingeschränkt ist, anfällig für die Einmischungen dessen, was Schmitt, der ein wenig wie ein mürrischer Teenager klingt, das "wirkliche Leben" nennt. Und es ist der Ausnahmezustand, behauptet er, in dem diese Macht am unsanftesten "die Kruste eines Mechanismus [des Gesetzes] durchbricht, der durch Wiederholung erstarrt ist".

Warum öffentliche Gebäude schön sein sollten

In den 1920er Jahren war das einzige prominente Beispiel, das Schmitt vor Augen hatte, für das, was *The Economist* heute als "Rückfall" in liberal-demokratische Normen bezeichnen würde, das faschistische Italien. Ganz abgesehen von seinem Charakter wird Mussolini in *Die Krise der parlamentarischen Demokratie* das Verdienst zugeschrieben, erkannt zu haben, dass die Politik den menschlichen Geist am stärksten beflügelt, wenn cäsar-ähnliche Gestalten, die nicht mehr erwarten, dass die Menschen allein von Verfahren leben, danach streben, einen unwiderstehlichen Anspruch auf die Massen zu erheben und eine wahrhaft demokratische Identität von Herrscher und Beherrschten zu erreichen, und zwar stets mit Hilfe von geistig berauschenden Mythen.

Ein Teil der Bedeutung des italienischen Faschismus, so Schmitt, besteht in seiner Ablehnung des eher unauffälligen englischen Regierungsmodells: "besonders groß", wie er es ausdrückt, "weil der nationale Enthusiasmus auf italienischem Boden bisher auf der demokratischen und konstitutionellen parlamentarischen Tradition beruhte und völlig von der Ideologie des angelsächsischen Liberalismus beherrscht zu sein schien."

Politische Romantik hat die entzündliche Kraft, die technisch vernünftigste Vorlage zu sprengen. Die Gefahren solcher utopischen Fieberträume sind bekannt und müssen nicht noch einmal aufgezählt werden. Aber ist es nicht so, dass unser Hang zur Romantik, in der Politik ebenso wie im Leben, ein Ventil braucht? Eine Nation muss durch mehr als das Versprechen von Effizienz verankert werden, vor allem, wenn diese Effizienz - wie es oft in jedem Land mit Nachrichtenwert außer Bukele's El Salvador der Fall zu sein scheint - nirgendwo zu sehen ist.

Die Verehrung, die das Parlament in Großbritannien genießt - sowohl als ästhetische Ikone als auch als verlässliche Institution -, führt natürlich dazu, dass der Glaube an seine eher langweiligen Verfahren in einzigartiger Weise mit einer emotionalen Bindung an seine Erhabenheit einhergeht. Aus diesem Grund sollten alle Insignien des Staates schön sein. Alles andere wäre eine Kapitulation vor dem sterilen Kult der Nützlichkeit, eine Verweigerung unseres Verlangens nach Wundern, eine Form der Grausamkeit, die es versäumt, tiefe menschliche Bedürfnisse in die gemeinsamen Symbole zu integrieren, die uns definieren. Außerdem wird eine Nation, die sich dagegen sträubt, ihr öffentliches Leben mit Romantik zu durchtränken - vorausgesetzt, dass ein solches Robotervolk jenseits der Welt der etiolierten Thinktanks überhaupt existieren kann -, früher oder später wahrscheinlich in Kitsch ertrinken oder in Blut getränkt werden.

Dies hängt mit einer klugen Bemerkung zusammen, die der Philosoph Tracy B. Strong einmal darüber machte, warum Carl Schmitt den durchschnittlichen Liberalen versteinert: "Er verstößt gegen eine der tiefsten Prämissen des Liberalismus: Politik ist notwendig, sollte aber nicht zu ernst werden." Genauso wie die Unterdrückung des Bedürfnisses nach Romantik im öffentlichen Leben die Gefahr birgt, die Art von groteskem Pomp auszulösen, die wir mit Nürnberg verbinden, kann ein nicht-seriöser Ansatz in der Politik nur so lange durchgehalten werden, wie um uns herum zivilisatorische Kämpfe von höchster Bedeutung toben. Die Liberalen täten gut daran, die Tatsache zu begreifen, dass Politik *dann* am ernsthaftesten wird, wenn die Fragen, die sie uns aufdrängt, auf einen Zeitpunkt verschoben werden, der zwar im Voraus nicht absehbar ist, aber vielleicht in Vergessenheit gerät.

***)Harrison Pitt ist leitender Redakteur bei The European Conservative. Er ist Co-Moderator von "Deprogrammed", einer vom New Culture Forum produzierten Sendung zu aktuellen Themen.**